

Neutralität : Chance oder Sackgasse?

Autor(en): **Münger, Hans Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **45 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Noch nie war die Schweiz so gleich wie die andern»: Interessante neutralitätspolitische Betrachtungen dreier Vertreter neutraler Länder

Neutralität – Chance oder Sackgasse?

Vor dem von Nationalrat Josef Leu präsidierten Sicherheitspolitischen Forum Zentralschweiz (SFZ) diskutierten am 18. Mai in Luzern drei Botschafter neutraler Staaten die Chancen und Risiken der Neutralität in einem geeinten Europa. Nicht unerwartet stand dabei die Rolle der schweizerischen Neutralität heute und in Zukunft im Mittelpunkt.

HANS JÜRG MÜNGER

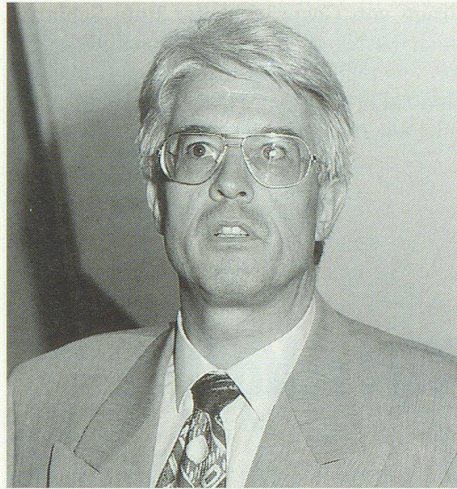
SFZ-Präsident Josef Leu hatte Botschafter Raimund Kunz, Chef der Politischen Abteilung III des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), sowie Anton Prohaska und Volke Löfgren eingeladen, die Botschafter von Österreich und von Schweden in unserem Land.

In seinem einführenden Referat beleuchtete Raimund Kunz die Neutralität schweizerischer Prägung und zeigte ihre verschiedenen Funktionen auf (Integrationsfunktion, Unabhängigkeitsfunktion, Gleichgewichtsfunktion und Dienstleistungsfunktion). «Unserem Land war die Neutralität jahrhundertlang Schutzschild und Gewähr dafür, sich nicht in fremde Händel einzumischen. Die Neutralität wurde bei uns erst im 20. Jahrhundert zu einem nationalen Mythos», meinte Kunz zu den rund 80 Anwesenden. Für unsere Politiker sei die Neutralität allerdings nie Selbstzweck gewesen, und die Schweiz habe in ihrer Geschichte ihre Neutralitätspolitik immer flexibel zu handhaben gewusst.

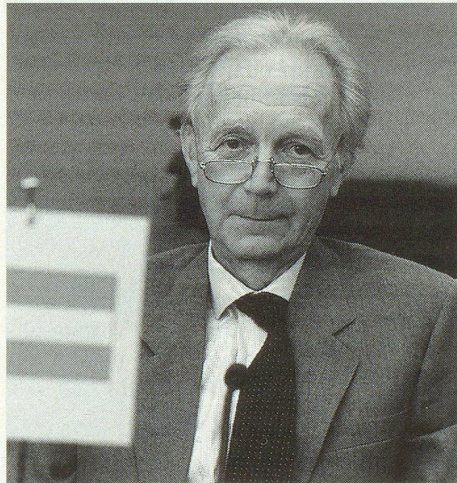
Die Schweiz – von Freunden umgeben

Im Gegensatz zu früher sei unser Land heute von lauter friedlichen Staaten umgeben. Es müsste deshalb einmal geprüft werden, ob die Neutralität auch heutzutage noch ihre hehre Bedeutung habe oder ob sie sich nicht mehr und mehr zu einer Art Sackgasse für die Schweiz auszugestalten beginne. «Noch nie» – gab Kunz zu bedenken – «hat sich die Schweiz von ihren Nachbarn so wenig unterschieden wie jetzt. Selbstisolierung wäre eine falsche Maxime. Besser ist es, bei Aktionen und Beschlüssen, die auch unser Land betreffen, aktiv mitzumachen. Deshalb tragen wir ja beispielsweise seit 1990 alle Uno-Sanktionen mit.»

Mitmachen heisse noch lange nicht Abkehr von der Neutralität. Dies habe auch



Raimund Kunz: «Noch nie war die Schweiz so gleich wie die andern.»

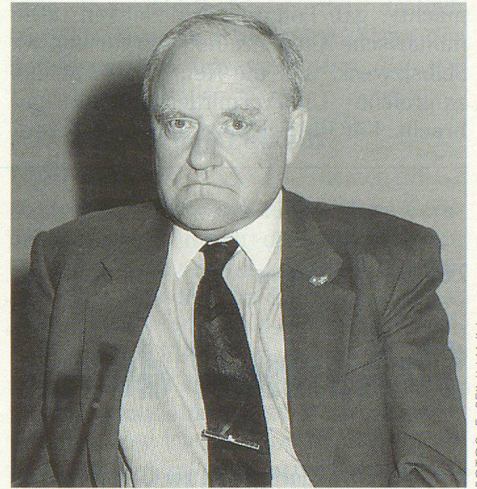


Anton Prohaska: «Österreich hat sich Richtung EU orientiert.»

der Bundesrat festgehalten. Konkret gelte es für unser Land, solidarisch mit dem übrigen Europa beim Aufbau einer europäischen Sicherheitspolitik mitzuwirken, sich in der Nato-Partnerschaft für den Frieden zu engagieren und sich auch mit der EU und der Uno gedanklich vermehrt zu befassen. Für den Bundesrat sei beides kein Hindernis für die Neutralität – weder ein Beitritt zur EU noch ein solcher zur Uno, betonte Botschafter Kunz.

«Von Neutralität wollten die Sowjets nichts hören»

Nach dem grundsätzlichen Referat von Raimund Kunz erörterten die Botschafter Österreichs und Schwedens, wie sie die



Volke Löfgren: «Für Schweden kommt Solidarität vor Neutralität.»

Neutralität verstehen. Anton Prohaska, neuer österreichischer Botschafter in Bern, betonte, nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich die Sowjetunion lange und hartnäckig gegen den Neutralitätsstatus Österreichs gewehrt. Erst nach Stalins Tod stiegen die Sowjets 1955 darauf ein. Ende Oktober 1955 konnte das Bundesgesetz über die immerwährende Neutralität der Republik Österreich in Kraft gesetzt werden.

«Im kalten Krieg hat sich unsere Neutralität im Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Grossmächten oftmals als sehr nützlich erwiesen. Wie die Schweiz hat Österreich mit seiner neutralen Haltung viel zur Stabilität Europas beigetragen», zeigte sich Prohaska überzeugt. Nach dem Fall der Berliner Mauer allerdings habe die Neutralität für Österreich stark an Bedeutung verloren. Das Land habe sich neu Richtung EU orientiert. Die Sanktionsbeschlüsse der Uno könne Österreich mitvollziehen. Bis heute hätten immerhin 35 000 Österreicher an friedenserhaltenden Missionen teilgenommen. Auch dies sicherlich ein Zeichen der Öffnung.

«Die Solidarität hat für uns Priorität»

Schwedens Botschafter Volke Löfgren betonte, sein Land sei bereits seit vielen Jahren Uno-Mitglied und sei vor rund drei Jahren auch der EU beigetreten, weil die Schweden die Solidarität immer stärker gewichtet hätten als ihre Neutralität. Dazu komme, dass sich Schweden – anders als die Schweiz – am Rande Europas befinde

und sich deshalb immer schon gegen das Problem des Auf-der-Seite-Stehens innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft habe wehren wollen und müssen.

«Schweden hat sich früh einen guten Namen bei der Mithilfe an friedensfördernden Aktionen auf der ganzen Welt gemacht», gab Löfgren zu bedenken. «Die militärische Allianzfreiheit war für uns nie Selbstzweck, und die Neutralität hat uns zahlreiche Uno-Vermittlermandate gebracht. Für die Schweiz zeigt ja der Rap-

port Brunner gewisse Wege auf, wie die vermehrte Annäherung an Europa geschehen könnte», meinte Löfgren abschliessend.

Interessant war das den drei Vorträgen folgende Podiumsgespräch mit dem Publikum im Saal der Luzerner HWV. Auf die Frage von Gesprächsleiter Reto Schlatter nach der Nützlichkeit der Neutralität in der heutigen Zeit meinte Raimund Kunz, die Neutralität der Schweiz dürfe nicht mehr nur als heilige Kuh angesehen werden,

sondern müsse offen debattiert werden dürfen. Verschiedenen starken Verfechtern der Neutralität im Saal behagte diese Aussage sichtlich wenig. Und die Botschafter Prohaska und Löfgren liessen keinen Zweifel daran, dass ihre Länder einen Beitritt der Schweiz zur EU und zur Uno lebhaft begrüssen würden. Für die beiden ausländischen Gäste wäre dies der beste Beweis dafür, «dass sich die Schweiz ihrer internationalen Solidarität voll bewusst geworden ist». ▀

ZGV-Seminar in Bern

Sicherheit durch Wirtschaft

Auch die Wirtschaft gehört zur Gesamtverteidigung, und das im engeren wie im weitesten Sinn. Das ergab ein Seminar der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) in Bern. Das Thema tönt zwar nicht gerade zivilschutzlastig, jedoch wurden etliche Äusserungen getan, die auch für uns beherzigenswert sind. Querverbindungen herzustellen, ist ohne weiteres möglich, sie müssen nicht gesucht werden.

MARK A. HERZIG

Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, ging vom «Bericht 90» aus, den er kurz zusammenfasste und dem Bericht der Kommission Brunner gegenüberstellte. Als Ergebnis sieht er gewisse Schwerpunktverlagerungen, nicht aber eine fundamentale Umgestaltung der Schweizerischen Sicherheitspolitik.

Friede und Sicherheit

Der Hauptredner des Seminars hinterleuchtete in gekonnter Art dieses System von Friede und Sicherheit, ohne es in Frage und zur Disposition zu stellen; es war ihm vielmehr ein Anliegen, durch einen allgemeingültigen, ganzheitlich-philosophischen Ansatz zu dessen besserem Verständnis beizutragen. «Jeder glaubt zu wissen, was Friede ist und wünscht ihn sehnlichst, der Begriff lässt sich jedoch nur negativ (z. B. als «Nicht-Krieg») definieren... Friede ist somit ein selbstverständlicher und zugleich unfassbarer Begriff.» Auch dem Begriff «Sicherheit» könnten ganz verschiedene Bedeutungen zukom-

men, führte Blankart weiter aus: Zunächst gehöre er zur Statik und bedeute Festigkeit, Solidität. Dann decke er die Bedeutungen von Selbstbewusstsein, Wissen, Gewissheit, Zuversicht, aber auch Zuverlässigkeit ab. Die dritte Bedeutung sodann könne mit Schutz oder Garantie umschrieben werden, also mit Abwehr von Störungen und Verunsicherungen aller Art. Trotz ihrer Verwandtschaft seien die Begriffe Friede und Sicherheit nicht deckungsgleich. «Als «Nicht-Krieg» eliminiert der Friede die Bedrohung und die Angst, folglich schafft er Sicherheit. Umgekehrt schützt Sicherheit vor überraschenden Eingriffen und gewährleistet Vorausehenbarkeit von Verhaltensweisen und Ereignissen – schafft damit Ruhe und Frieden.»

Aufgaben und Ziele

Die Ausführungen von Staatssekretär Blankart, die nicht nur auf die Schweiz, sondern die ganze Staatengemeinschaft angewandt werden können bzw. müssen, wurden wie folgt zusammengefasst: «Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik tragen zur Schaffung globaler Stabilität bei durch

- Vertiefung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit
- Sicherung eines offenen Welthandelssystems
- Unterstützung internationaler vertraglicher Vereinbarungen

und sorgen für

- eine stabilitätsorientierte Geld- und Währungspolitik
- Behauptung des Wirtschaftsstandortes Schweiz gegenüber fremden Handelsmächten

- Verteilung des Risikos durch Diversifikation der Exporte und Importe
- Versorgung der Schweiz in ausserordentlichen Lagen.

Der letzte Punkt war auch Gegenstand eines Statements des Delegierten des Bundesrates für wirtschaftliche Landesversorgung, Andreas Bellwald.

Verletzliche Systeme

Bellwald repetierte kurz die Aufgaben zur Sicherung der Landesversorgung, die in ausserordentlichen Lagen alle mit den notwendigen Gütern versorgt, nicht nur Mächtige und solche, die jeden Preis zahlen können. Der Delegierte wies insbesondere auf die Verletzlichkeit der meisten unserer Systeme hin. Als Beispiel sei hier dasjenige der «Produktion just in time» erwähnt, bei der auf glatte Durchläufe bei einer gegen Null strebenden Lagerhaltung abgestellt wird. Kommt ein Teil nicht «genau zur verlangten Zeit», steht die sonst so «elegante Produktion» still; dabei spielt es keine Rolle, ob Rohstoffe oder Bauteile fehlen und warum (Engpässe bei deren Produktion oder Transport, Kommunikationsproblemen usw.) sie nicht eintreffen.

Tildy Hanhart, Informationsbeauftragte des HEKS, beleuchtete die Fragestellung wiederum etwas genereller unter dem Titel «Es braucht eine auf die menschlichen Grundbedürfnisse ausgerichtete Wirtschaft und Wirtschaftspolitik». Hanhart erwähnte den «Bericht über die menschliche Entwicklung 1997», der unter anderem 840 Millionen hungernde Menschen und ebenso viele Analphabeten, 300 Millionen arbeitende Kinder und 40 Millionen Flüchtlinge ausweist. Dass weit über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und dies zusammen mit der Armut der Feind Nummer 1 auf der Welt ist, blieb in der Podiumsdiskussion unbestritten. Wie man diese Fragen aber angehen wolle, da war man sich höchstens in Ansätzen einig. ▀